

Volks-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten, Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die Zeitschrift erscheint wöchentlich dreimal und zwar als Frühblatt. Die Bezugsgebühr beträgt in Stadt und Land (einschließlich Porto) monatlich 12,00, in den Ausgabestellen abgesetzt 11,00 monatlich. Die abgesetzte Preisliste liegt in der Ausgabe vom 1. März 1922, im monatlichen Verzeichnis 11,50, außerdem die Belegkarte für 1,00 im Vorauszahlung und 1,50 im Ausgabestellen. Der Preis für den Abnehmer beträgt 11,00 im Vorauszahlung und 1,50 im Ausgabestellen. Der Preis für den Abnehmer beträgt 11,00 im Vorauszahlung und 1,50 im Ausgabestellen.

Verlags-Gesellschaft: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Poststraße 17, Schriftleiter: Hans-Joachim Schmalz. Nummer 1140 und 1142. Stadt-Verlagsstelle: Markt 21. Druck-Verlag: „Verlagsgesellschaft Halle a. S.“, Postfach 1000, Leipzig 2215. Verlagsort und Verlagsdruck: Halle a. S., Große Poststraße 17. Druck-Verlag: „Verlagsgesellschaft Halle a. S.“, Postfach 1000, Leipzig 2215. Verlagsort und Verlagsdruck: Halle a. S., Große Poststraße 17.

Neutrale Einigkeit für Genua.

Stockholm, 20. März. Wie die Schwedische Telegraphenagentur erfährt, wurde die am Sonnabend bei der Besprechung zwischen dem schwedischen und dem norwegischen Ministerpräsidenten, dem dänischen Minister des Äußern Saemundius und den Gesandten einiger neutraler Mächte über das Genuaer Programm im wesentlichen Uebereinstimmung inbezug auf die Stellungnahme dazu festgestellt. Ein weiterer Meinungsaustausch, der vor der Konferenz nötig sein dürfte, wird zwischen den für die Konferenz gewählten Staaten beiderseits der hier in Betracht kommenden Staaten stattfinden. „Svenska Dagbladet“ zufolge waren außer den skandinavischen Staaten Holland, die Schweiz und Spanien bei den Besprechungen vertreten.

Familienfahrt Lloyd Georges nach Genua.

Der „Daily Chronicle“ schreibt: Der englische Regierungschef hat auch nicht die geringste Absicht, die Konferenz von Genua aufzugeben. Der Wiederaufbau Europas und die Bildung eines europäischen Wiederaufbaukomitees steht und fällt mit der Konferenz, und Europa würde deshalb ein Angeben des Vrients nicht verstehen. Die Hauptidee dieser Konferenz ist die Anerkennung der grundsätzlichen Solidarität Europas.

Der Korrespondent der „Times“, der mit Lloyd George in Wales ist, meldet: Das Gerücht, daß Poincaré nicht nach Genua gehen will, wird hier nicht ganz ernst genommen. Inzwischen macht sich Lloyd George erste Gedanken über die auswärtige Lage und die Vorbereitungen für seine Vieblingskonferenz, der er unter allen Umständen beimohnen will. Der Korrespondent will wissen, daß Frau und Familie in Lloyd George zur gleichen Zeit nach Genua gehen werden.

Amerika nimmt keine deutschen Schuldcheine.

Aus Washington wird gemeldet, daß der amerikanische Kongress ein Gesetz angenommen hat, in dem ausdrücklich abgelehnt wird, deutsche Schuldverschreibungen an Stelle von Zahlungen seitens der Verbündeten anzunehmen.

Verringerung der Militärkommissionen.

Paris, 20. März. Die „Vallée Nachrichten“ melden: Wenn auch nach den neuesten Meldungen die militärische Ueberwachung Deutschlands noch acht Jahre andauern werden soll, so dürfte sie in keinem Falle durch den Entfall der zahlreichen Kommissionen geschehen, die für den Staatshaushalt Deutschlands eine unerträgliche Belastung bedeuten. In Ententekreisen wird der Plan erwogen, die militärische Kontrolle in der Zukunft den diplomatischen Vertretungen zu überlassen, denen man vielleicht einige spezielle Organe zuteilen würde.

Wie das Blatt weiter meldet, soll man in gewissen vornehmen englischen italienischen Kreisen der Entente auch daran denken, nach einer entsprechenden Erledigung der letzten Verhandlungen der Entente die Aufhebung der Besetzung der Rheinländer nicht mehr hinauszuschieben.

Pateologie statt Cambon.

Paris, 20. März. Der Intransigent bestätigt, daß Pateologie zum Nachfolger von Jules Cambon als Delegierter Frankreichs bei der Völkerverversammlung ernannt wird.

Neue Unverschämtheit.

Der Völkerverrat und die Vorgänge in Genua.

19. März, Paris, 20. März.

Der Völkerverrat hat keine Beratungen über die Gewinnerfrage beendet. Er ist zu der Ueberzeugung gelangt, daß geheimen deutschen Verbindungen in Schließen immer noch bestehen und daß diese indirekt auch für die verwickelten Verhandlungen an französischen Soldaten in Oberösterreich mit verantwortlich zu machen sind. Die Völkerverrat-Konferenz wird von der deutschen Regierung nach der Uebergabe des Deutschland ausgeprochenen Teils von der Uebernahme der rollende Ueberführung der geheimen Expeditionen u. d. r. Regimentsverbände und der sogenannten Uebernahmevereinbarungen fordern.

Die griechische Krise.

Das neue griechische Kabinett ist nunmehr gebildet. In seiner Spitze als Ministerpräsident steht wieder der eben erst durch ein zufälliges Mißtrauensvotum gestürzte Gounaris, der freilich im Parlament eine ziemlich starke Gegenpartei hatte. Strates, der Gounaris besonders deshalb befehligen hatte, weil dieser Frankreich unerwünscht ist, hat es nicht vermocht, die Kabinettbildung zustande zu bringen, und die Völkerverrat, die grundsätzliche Unlösbarkeit der Opposition, sind zur Kabinettbildung überhaupt ebenso wenig imstande, wie in Deutschland etwa die Deutschnationalen, weil keine der übrigen Gruppen mit ihnen zusammengehen will.

Der Hintergrund der ganzen griechischen Krise liegt sowohl in inner- wie in außenpolitischen Dingen. Die innerpolitischen bestehen eben in dem Gegensatz zwischen König Konstantin und Benizelos, die außenpolitischen liegen in dem englisch-französischen Gegensatz zur türkisch-griechischen Frage gedrückt. Man weiß ja, daß auf den kleinasiatischen Schlachtfeldern sich nicht nur die türkischen Kemalisten und die Griechen, sondern ebenso sehr Frankreich und England gegenüberstanden. Zu alledem kommt noch, daß Griechenland sich seit dem Abgang von Benizelos in den größten materiellen Schwierigkeiten befindet. Um diese zu beheben, war Gounaris inzwischen in London und hat mit Lloyd George verhandelt, um eine englische Anleihe für Griechenland zu erwirken.

Man wird nicht daran zu zweifeln brauchen, daß man in Griechenland bei der Neubildung des Kabinetts die Rückkehr auf die außenpolitischen Zusammenhänge nicht aus den Augen verloren hat. Wenn jetzt also das Kabinett Gounaris wiedergekehrt ist, so wird man das in London mit ebenso großer Begünstigung aufnehmen, wie man annehmen darf, daß England weiterhin eine Griechen- und damit eine dem König Konstantin freundliche Politik verfolgen wird. Griechenland wird unter diesen Umständen auch erwarten dürfen, daß sich in England geplante Anleihe dort keinen unüberwindlichen Widerstand finden wird.

Rußlands Not und Europas Hilfe.

Die Nachrichten über die Hungersnot in Sowjetrußland lauten immer furchtbarer. Es ist von einwandfreien Zeugen, nämlich englischen Quäkern, berichtet worden, daß der Kannibalismus keine Ausnahmeerscheinung mehr ist und daß man sogar dem lebenden Menschenessen nachsieht, um den grauenvollen Hunger zu stillen. Gegen die Jüge der Hungersnot sieht sich die Bevölkerung der noch verbleibenden Gebiete mit den Waffen zur Wehr, weil sie fürchtet, daß auch ihre Vorräte reiflos dahinschwänden, sobald die Schaar der Hungersnenen in das Dorf eingezogen ist.

Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der gestifteten Welt, darüber nachzudenken, wie dieser Menschheitskatastrophe gesteuert werden kann. Im Preuß. Landtage haben die Kommunisten einen Antrag gestellt, 20 Millionen zu bewilligen. Sie waren so fröhlich, ihn mit der innerpolitischen Forderung zu verknüpfen, das Geld durch Kürzungen beim Etat der Schulpf auszubringen. Mit Recht geisterte der deutschdemokratische Sprecher A. B. Ruchte diese parlamentarische Ausschüttung der russischen Hungersnot. Aber auch die Art, wie von der Reichsseite bei diesem Antrag gewandelt wurde, mußte von dem demokratischen Sprecher zurückgewiesen werden. Er richtete das allgemeine Augenmerk auf die Tatsache, daß in den amerikanischen Staaten Vorkriegskredite verkauft oder veräußert werden können, weil die realwirtschaftlichen Länder nicht imstande sind, zu kaufen. Er wies ferner darauf hin, daß die Weltbankdarlehen zu einem großen Teil stillgelegt sind, die von Deutschland verlangten Handelskredite haben keine Befristung. Darum sei eine Notwendigkeit für die Konferenz in Genua, die stillliegenden Vorräte und Prachtstücke zu einer großen internationalen Hilfsaktion zu verbinden. Wir könnten vielleicht noch Maßnahmen treffen. Auf diese Weise würde wenigstens der nächste Schritt zur Abwendung des Hungers in nächster Zukunft gesichert. Auf die Frage, was auch auf die Notwendigkeit hin, die Weltabenteurer besonders zu unterstützen, und er hob rühmend die opferbereite Haltung der Lüburger Studenten hervor.

Die russischen Kirchenschätze für die Hungersenden.

Moskau, 20. März. In Odesa fand eine Versammlung der Geistlichkeit statt, wo beschlossen wurde, die Wertgegenstände der Kirchen zugunsten der Hungersenden zu spenden. Die Geistlichkeit beschloß, einen Aufruf zu veröffentlichen, in dem der Sinn dieser Maßregel erklärt wird. Außerdem wurde beschlossen, ein Flugblatt herauszugeben, wo darauf hingewiesen wird, daß die Kirchenschätze Volkseigentum seien und der Sowjetmacht aus diesem Grunde die Verfügung über diese zugunsten der Hungersenden zustünde. In Homorod ist schon mit der Entnahme der Kirchen- und Kirchenschätze begonnen worden. In erster Linie wurden die Gold- u. Silbergeschätze und der Brillantenschmuck des Jurjewer Klosters entnommen. Die einen Wert von mehr als einer Million Goldrubel repräsentieren. Das Gold und Silber des Döllinger Klosters, das zugunsten der Hungersenden abgesetzt werden muß, repräsentiert einen Wert von 500 000 Goldrubel.

Altpolnische Schulpläne für Oberösterreich.

Dr. Rattmann, Oberösterreich, 20. März. Lesen die polnischen Schulpläne für Oberösterreich wird folgendes bekannt: 1. Nach der Uebernahme durch die Polen haben die Schulen in Ost- und Westgalizien 2 Monate Ferien. In der Zeit erfolgt die polnische Reorganisation. 2. Der Vorwissen des polnischen Lehrkörpers ist mit der Gründung einer Gemeindeforschule beauftragt. 3. Die Kosten der Lehrmittel übernehmen soll. 3. Jeder Lehrer wird 140 Zloty in die erste Prämie in der Unterrichts, nach 2 weiteren Jahren für die Mittelstufe und nach 5 Jahren für die Oberstufe.

Politische Wochenschau.

(Von E. Dehms, M. d. R.)

In England ist die Lage nach nicht völlig in der letzten Woche geklärt worden. Lord George wird aber notwendig bleiben und sein Land in Genua vertreten. Das wird nicht nur von uns zu begrüßen sein, sondern auch in Kreise der Entente, selbst in Frankreich, wo man sonst dem englischen Premier nicht sehr grün in letzter Zeit war, ist man zuzubeden, daß jetzt sein Wechsel in London erfolgt. Ein solcher wäre gerade für Frankreich vorteilhaft. Die Konferenz von Genua läßt sich nicht vermeiden. Man hat durch die Vorkonferenzen verstanden, ihr Tätigkeitsgebiet einzugrenzen. Das heißt es auch für die Franzosen mißverständlich, den englischen Staatsmann dabei zu haben, der als Anreger der Konferenz zu betrachten ist. Wird dieser an seinem Werk nicht allzuviel Freude mehr empfinden, so bleibt ihm doch die Anerkennung seiner Tätigkeit zu haben, die Atmosphäre des Hofes zu entspannen und vernünftige wirtschaftliche Verhältnisse in Europa herbeizuführen. Ob die Regierungenserklärungen Lord George noch lange dauern wird, erscheint sehr zweifelhaft. Deutschland hat im Augenblick keine Verhandlungen mit Frankreich vorzunehmen zu beabsichtigen. Meines Erachtens ist in England eine Regierung noch größerer Nachgiebigkeit gegenüber den Franzosen denkbar. Vielmehr ist anzunehmen, daß in englischen Finanz- u. Handelskreisen u. in den weitesten Schichten der Bevölkerung überhaupt der Verständigungsgebote Boden gewinnen wird, der hauptsächlich zu einer Parlamentsmehrheit und Regierung führen muß, die sich den hohlerfüllten Franzosen weniger willfähriger erweisen wird. Schon die in einigen Monaten bevorstehenden Wahlen werden das wohl bewirken.

In Frankreich malt man weiter die Schreckensgespenster der deutschen Gefahr den englischen Finanzkreisen an die Wand. Die Rede des früheren Kriegsministers Lafont war ein sprechendes Zeugnis dafür. Neben dieser Art hat sich nun in einem Lande möglich, wo der blühendste Hof und das schlechteste Gewissen jede gleiche Ueberlegung unmöglich macht. Die französischen Politiker werden aus ihren wahren Militarismus letzten Endes die ganze Welt gegen sich herausfordern. Die Saat des Hofes schadet zwar zunächst Deutschland sehr, aber sie wird einst als Frucht einer bleibenden Anklage gegen Frankreich sein. Inzwischen haben ja die Engländer bereits die Frage der Befreiung aufgeworfen. Die ungeheuren Kosten derselben beinträchtigen die deutsche Zahlungsfähigkeit. Das sollte auch die nächste Forderung sein. Darauf kommt es diesen erst in zweiter Linie an. In der Zukunft, Deutschland immer neue Schwierigkeiten zu bereiten, suchen sie ihren Wehler. Das war jetzt wieder beim Reichshandelsrat der Abkommen der Fall. Die Schwierigkeiten, deren Befreiung Deutschland für die zerstörten Gebiete einzugehen, wollte man jetzt allgemein auf Frankreich ausdehnen. Eine neue Ueberaushebung, die aber an der Standhaftigkeit der deutschen Regierung scheiterte. Der Aufruf der deutschen Gewerkschaften gegen die Ausdehnungspolitik der Entente wird zwar auf diese keine besonders großen Eindruck machen, ist aber doch nicht ohne Bedeutung. Stellt er sich doch dar, als der Aufruf großer Arbeitsschichten gegen die Vorgehensweise rücksichtsloser Feinde.

In der inneren Politik hat das Steuerreformprogramm eine bessere Stellung für die Regierung geschaffen. Auch die neuesten Steuererlasse sind nicht vollkommenes. Die Demotratoren haben alles versucht, um nach Verbesserungen durchzuführen. Zum Teil ist ihnen dies auch gelungen. So namentlich bei der Umsatzsteuer, wo die Freilassung der Gewerkschaften verhindert wurde. Obenwo war es ihr Verdienst, wenn die Nachkriegsvermögenssteuer, die nichts einbrachte, aber sehr schmerzhaft war, fiel. Leider gelang es nicht, bei der Umsatzsteuer die rückwirkende Kraft auszuschalten. In unruhen Bemühungen schickte es nicht. Jedenfalls zeigte sich bei allen Steuerentwürfen der Demotratoren, daß diese sich von dem Weltreue trennen ließen, ein möglichst einfaches Steuersystem aufzubauen und was die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Bevölkerung berücksichtigte. Das ist zwar nicht völlig gelungen, immerhin sind Verbesserungen nach dieser Richtung erreicht worden. Das Finanzministerium der Volkspartei über die erreichten Bedingungen beim Steuerprogramm wirkt tödlich. Was man sich hier als Erfolg hinhaltet, war längst Allgemeinwissen der Regierungsparteien geworden. Der Sparparlamentarismus, die neueste Erfindung der Volkspartei, wird wohl nicht das Lebenslicht erlöschen. Es wäre sonst auch eine Satire auf die Sparparlamentarier. Die Sparparlamentarier muß aus den Verwaltungen selbst kommen. Sie müssen praktisch in die Materie steigen, wie das der Verbilligungsausschuß bei der Reformverwaltung unter meinem Vorsitz sich nicht zu tun. Dabei darf man keinen Augenblick vergessen, daß auch die weitestgehende Sparparlamentarier auf Personal aller Art Rentabilität bei der Wirtschaftlichkeit immer immer unter diesen Gesichtswinkel die Betriebe betrachtet.

In Wien u. d. Reichstags werden jetzt die Steuererlässe verhandelt. Änderungen gibt es kaum mehr. Auffällig war die Rede des Reichstagsleiters Beder, der zwar nach rechts die Stellung verteidigte, aber die alte Liebe für die Rechtsleute nicht vermissen ließ. Daneben bestanden er sich trotz des Kompromisses als Oppositionspartei.

Man fragt, wie lange noch? Die Folgerungen aus dem Kompromiß müßten gezogen werden. Und zwar möglichst bald. Die äußere und innerpolitische Lage erfordert dies. Auch die Reichsfeierlichkeiten sind jetzt von der Notwendigkeit immer mehr zu überzeugen. Ministerposten warten bereits der Volkspartei. Diese scheinen sich selbst noch nicht recht einig zu sein.

Doch diese Frage tritt jetzt zurück gegenüber der immer mehr answellenden Teuerung, hervorgerufen durch das Sinken der Mark. Welche Schritte können einzuführen die Preise, deren Höhe auch durch unerhörten Wucher mit beeinflusst wird, nicht mehr zählen. Neue Lohnkämpfe mit ihren lästigen Begleiterscheinungen werden kommen. Daneben steht jetzt die neue Besoldungsliste, die große Last bringt und auf der anderen Seite knapp das aller-nötigste bringt. In wenigen Wochen wird man neue Beratungen haben. Wir kommen nicht mehr aus den Lohn- und Gehaltskämpfen heraus. Mit der jetzigen Art der Besoldungsverhandlungen kann sich der Reichstag nicht abfinden. Man kann ihm nicht mehr zuzimmern, daß er an den Verhandlungen nichts mehr ändert, wenn er immer wieder scheitern muß, daß die Regelung keine genügende Berücksichtigung aller Klassen bringt oder sonst soziale Gesichtspunkte vernachlässigt.

Beratung der Vermögenssteuer.

Berlin, 20. März.

191. Sitzung.

Um 2 Uhr 20 Min. wird die Sitzung eröffnet. Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung der einzelnen Steuerentwürfe, und zwar zunächst der Vermögenssteuer.

Präsident Loebe teilt den Wunsch des leitenden Ausschusses mit, die zweite Lesung der Steuerentwürfe bis Ende dieser Woche zu beenden, eventuell mit Hilfe einiger Abendstunden. Nach dem Vorschlag soll ab 1. Januar 1923 eine jährliche Vermögenssteuer erhoben werden, die betragen soll von dem ersten angelegenen oder vollen 250 000 Mark 1 v. Z., für die nächsten 250 000 Mark 1 1/2 v. Z., für die nächsten 250 000 Mark 2 v. Z., und für die nächsten 250 000 Mark 3 v. Z., für die nächste Million 4 v. Z., für zwei Millionen 5 v. Z., für 3 Millionen 6 v. Z., für 4 Millionen 7 v. Z., für 5 Millionen 8 v. Z., für 10 Millionen 9 v. Z., für die weiteren Beträge 10 v. Z. Auf die Dauer von 15 Jahren erhöhen sich die Steuern um einen Jahreszuschlag von 100 Prozent für die ersten, um 150 Prozent für die nächsten 250 000 Mark und um 200 Prozent für die weiteren Beträge. Bei 100 000 Mark ist das Vermögen nicht steuerpflichtig.

Abg. Dr. Helfferich (D.) stellt zunächst fest, daß er mit seinen früheren Ausführungen keineswegs die Tätigkeit anderer Parteien habe herabsetzen wollen. Die Kampfwerte der Deutschen Volkspartei gegen die Mittelstandspolitik der Reichsnationalen sei, wie er bereits mehrfach nachdrücklich zu nennen. Steuern von solcher Höhe, wie sie die Vorlage enthält, werden auf die Dauer nicht erhoben werden können. Wenn es der Regierung nicht gelingt, in anderer Weise den Reichsausfall in Ordnung zu bringen, können wir alle einpacken. Die uns im Wesentlichen übernommenen aufgeführten Sachstellungen sind genau so phantastisch und unsinnig wie die übrigen Reparationsforderungen. In der Realisierung dieses Abkommens ohne Befragung des Reichstages sehen wir eine Verfassungsverletzung. Wir freuen uns, daß die Volkspartei in der Zwangslage nur eine einmalige Maßnahme sieht, aber auch mit dieser Einschränkung unzufrieden ist die Geschäftspolitik des Kabinetts. Und wir sind nicht Gegner einer Veränderung der bürgerlichen Parteien, aber schon nicht ein, warum das Steuerentwurf nicht mit der Sozialdemokratie unter Ausschluß der Reichsnationalen gemacht werden müßte. Wir machen der jetzigen Regierung bewußt Opposition, aber wir vergessen darüber nicht die Staatsnotwendigkeit. Für die Sanierung der deutschen Finanzen gibt es nur ein Programm. Die Regierung muß sich in der Reichsberatung nach der Steuerbede strecken. Der Welt muß die ungeschminkte Wahrheit über unsere Lage ohne jede Verschönerung gesagt werden. Eingriffe in die Vermögenssubstanzen dürfen auch äußerlich nur in Verbindung mit einer entgeltlichen Regelung der Kontributions-

frage erfolgen. Die gewaltige Belastung der Vermögenssteuer wäre nur bei einer weitestgehenden Abgrenzung des Reiches erträglich. Wir beantragen die Annahme der Ausschlußklausel, wonach die Höhe der Steuererlöse Vermögensbezugs unter Befreiung der Veränderung des Geldwertes angepaßt werden soll, als zwingende Bedingung in das Gesetz. Reiner verlangt, daß der Minister des Auswärtigen vor aller Welt seine Stimme gegen Deutschlands Revolution erhebe. Wir bestehen darauf, für die Würde dieses Reiches zu sorgen. Wir erfüllen unsere Pflicht als Oppositionspartei. Wir sind eine nationale Opposition.

Abg. Soldmann (u. S.): Eine genügende Reichsvermögenssteuer würde das Duhnen einzelner Steuerentwürfe überflüssig machen. Als dem ersprechenden Vorschlag der Preise trägt nur die Steuererlöse der Befähigten die Schuld. Wenn die Steuern nicht ausreichen, muß eben die Sozialisierung erfolgen.

Abg. Hillein (Komm.): Die Vermögenssteuer ist weit davon entfernt, eine wirkliche Belastung des Volkes herbeizuführen. Dabei ist sie im Ausschluß noch weiter verhandelt worden. Deutschland bis zu den sogenannten Demokraten hin waren bemüht, den Staat nach Geld und haben um die Steuer zu demoralisieren. Berlin will keine Katastrophenspolitik und deshalb keine Realitäten. Wäre nicht Erfassung der Schwärze und Kampf gegen Ethnos und Compagnie die beste Wahlparole gewesen?

Abg. Rahmann (S.): Nicht aus Agitationsrücksichten, sondern aus außenpolitischen und innenpolitischen Gründen arbeiten wir am Aufbau der deutschen Republik mit. Keine Freude können allerdings Kompromisse auslösen, aber die arbeitenden Massen werden Herrn Reiner um seinen Freunden nicht die erwartete Gefolgschaft leisten. Wir haben keine Prinzipien beim Kompromiß aufgegeben und hätten vielleicht die Steuer im Interesse der Massen noch günstiger gestalten können, wenn die Unabhängigen positiv mitgearbeitet hätten, vielleicht sogar unter Ausschaltung der Deutschen Volkspartei. Ist die Steuer ausnahmslos, so ist sie doch nicht untragbar. Damit schließt die Aussprache über § 1, der unter Ausschaltung der kommunikativen Vorschläge der früheren Antragstellung des Gesetzes und längere Fortdauer der Zuschläge abgeschlossen ist.

Zu § 2 über Steuerpflicht und steuerbares Vermögen befragt Abg. Dr. Helfferich (D.) einen Antrag, wonach bei Anrechnung der ausländischen Steuern das ausländische Grund- und Betriebsvermögen ausgenommen werden soll.

Reichsfinanzminister Dr. Herms lüftet, den Antrag abzulehnen, da die Befreiung solcher Vermögensgegenstände sonst günstiger gestellt würden, als es dem bisherigen Rechtszustand entspricht.

Reiner entschuldigt die Abwesenheit des Reichsfinanzministers mit dringenden Arbeiten der schweren außenpolitischen Lage.

Abg. Dr. Beder-Hessen (D. Dpt.) stimmt dem Antrag Helfferich zu.

Abg. Dr. Fischer-Röll (Dem.) hält an der Ausschlußklausel fest.

Der Antrag Helfferich wird sodann abgelehnt und die nächsten Paragraphen in der Ausschlußklausel angenommen. § 5 bestimmt, daß Unternehmungen von der Steuer befreit sind, deren Erträge ausschließlich dem Reiche, den Ländern und Gemeinden zufließen. Außerdem andere gemeinnützige Einrichtungen, Sparkassen hingegen nur dann, wenn sie sich auf die Pflege des eigentlichen Sparwesens beschränken. Der Antrag Bernheim (S.) will auch diese Einschränkung der Steuerfreiheit der Sparkassen aufheben. Staatssekretär Zapp kritisiert gegenüber für die Ausschlußklausel ein, ebenfalls Abg. Dr. Beder (D. Dpt.), während die Vertreter der Unabhängigen und Kommunisten den Antrag Bernheim ablehnen. § 5 wird schließlich in der Ausschlußklausel angenommen, ebenso die nachfolgenden Paragraphen. Zu § 10, der den Begriff „sonstiges Vermögen“ definiert und als steuerpflichtig bezeichnet, Gegenstände aus Edelmetallen, Schmuck und Luxusgegenstände, sofern der Anschaffungspreis für den einzelnen Gegenstand 10 000 Mark und darüber beträgt. Ein Antrag der Kommunisten, statt „Anschaffungspreis“ „gegenwärtiger Handelspreis“ zu setzen, wird abgelehnt und die Ausschlußklausel mit einem Zusatzantrag Wollenbutz (S.) angenommen, wonach eine Ausnahme für die Werte lebender oder

seit 15 Jahren verstorbenen deutscher Künstler zugelassen wird. Auch die nachfolgenden Paragraphen werden unter Ausschaltung kommunikativer Zuschläge angenommen. Ein kommunikativer Antrag auf Verlegung wird abgelehnt. § 18 bestimmt, daß die Vermögensgegenstände jeweils unter Berücksichtigung der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse zu bewerten sind. Bei der Ertragsermittlung soll insbesondere der Ertrag der letzten drei Jahre Berücksichtigung finden. Die Berücksichtigung der Grundlöhne soll nach der Regierungsvorlage durchweg nach dem gemeinen Wert erfolgen. Der Ausschluß hat bei dem Ertragswert eingetret.

Sozialdemokraten und Kommunisten beantragen Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Abg. Schiele (Dn.) widerspricht und beantragt, bei verpackten Grundstücken, die dauernd dem land- und forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Betrieb gewidmet sind, den Wert des Betriebsvermögens, der im Eigentum des Pächters steht, einen Teil des zur Vermögenssteuer zu veranlagenden Gesamtwertes des Grundstücks festzusetzen. Dieser Betrag sollte vom Gesamtwert des Grundstücks abgezogen und dem Vermögen des Pächters zugerechnet werden.

Abg. Soldmann (Dem.) behauptet, daß im Ausschluß keine Berücksichtigung über den Paragraphen 16 zu erwarten war. Der Grundbesitz des gemeinen Wertes würde unzulässig dazu führen, daß der Grundbesitz zum Papierwert werde.

Abg. Herold (Rt.) tritt für den Ausschlußantrag mit der Veränderung ein, daß bei der Ermittlung des Ertragswertes insbesondere der Ertrag der letzten drei Jahre zu berücksichtigen ist. Der Antrag Herold wird also auch die früheren Jahre für die Ertragsberechnung berücksichtigen. Ein Regierungsvertreter erklärt sich gegen diesen Zusatzantrag, der eine Abminderung des Grundbesitzes bedeuten würde, daß der Ertragswert möglichst dem gemeinen Wert angepaßt sein soll. Auch der Antrag Schiele sei nicht annehmbar, da das Gesetz Personen und nicht Grundstücke befreie.

Abg. Senke (U.) tritt für Wiederherstellung der Regierungsvorlage ein. Mit dem Ertragswert wolle man nur die Steuerhöhen von den Agrarrenten schonen.

Abg. Hillein erklärt, die Anträge zum Paragraphen 16 seien nichts als Steuerabgabe des Bürgerturns.

Damit endet die Beratung dieses Paragraphen. Abstimmung und Weiterberatung morgen, Dienstag, 2 Uhr, nachmittags. — Schluß nach 8 Uhr.

Gegen die drohende Abschneuerung Ostpreußens

von der Weichsel, wie sie durch die am 13. März durch die interalliierte Grenzfestsetzungskommission festgesetzte Weichselgrenze eintreift, hat der Provinziallandtag in Königsberg einstimmig folgende Erklärung beschlossen:

Der ostpreussische Provinziallandtag erhebt den schärfsten Einspruch gegen die von der interalliierten Grenzfestsetzungskommission am 13. März vorgenommene, dem Preussensouveränität gegenüber verstoßende Festsetzung der Weichselgrenze. Er verlangt, daß die Reichsregierung die Annahme dieser ungesetzlichen Entscheidung ablehnt.

Ein Saarparlament verlangt.

Nach Meldung aus Saarbrücken fordern die Vertreter aller Parteien, mit Ausnahme der Unstabilen, in einer einstimmig angenommenen Entschließung die Regierungskommission des Provinzialrates auf, umgehend an die Errichtung einer Volksvertretung für das Saargebiet heranzutreten. Diese Volksvertretung solle nach dem gleichen und geheimen Wahlrecht und nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden. Die Parteien fordern für die Volksvertretung des Vorkriegsbestimmungsrecht und Immunität der Abgeordneten. Ein Gesetzgeber gestörte die neuen Anlagen der „Stammbard Oil Company“ am Wosporus.

Die Internationalen in Berlin.

Wien, 20. März. Auf Grund der Zustimmung der zweiten internationalen Konferenz hat das Sekretariat der internationalen Arbeitsgemeinschaft, wie die Arbeiter-

Die musikalische Kulturbildung.

Von

Dr. Hans Joachim Moser,

Präsident der Musikwissenschaft an der Universität Halle.

(Nachdruck verboten.)

Am der heutigen an Verlagschwierigkeiten kranken Zustände in Deutschland etwas aufzuheben, wird von einflussreichen Kreisen eine kleine Abgabe auf autorenrechtlich „freie“ Musikanten geplant, mit deren Ertrag jungen Talenten durch Erwerb ganzer Auflagen die Drucklegung werthvoller, aber wenig auskömmlicher Arbeiten ermöglicht werden soll. Man will auf diese Weise gewissermaßen die großen, toten Meister für ihre jungen, notleidenden Kollegen werben lassen. Der Gedanke ist an sich verlockend, sofern die Verleger von Klavieren gelassen bleiben, diesen jedoch wie ein Autorenhonorar von sich aus zu tragen. Doch ist zu befürchten, daß bei der Betrag schließlich doch irgendwem auf das laufende Publikum abzuwenden werden, und damit würde gerade dem armen Künstlerstand und dem musikalischen Mittelstand insgesamt die letzten materiellen Orientierungspunkte verloren gehen, während keine höhere Gewähr gegeben ist, daß diese Steuer auch wirklich den Würdigen zugute kommt. Die vermuthliche „Kulturbildung“ könnte also bei nicht ganz idealer Handhabung leicht dahin führen, daß Deutschland musikalische „Kultur“ abgeben“ muß, ohne sichere Gegenwerte dafür zu empfangen.

Statt den Schatz tonkünstlerischer Meisterwerke durch diesen Zoll weiter zu verarmen, sollte man den Schuld der Operntensler, der „modernen Tänze“ u. dergl., für die von der Lebenswelt, den Schreibern, den neuen Reizen jeder Breite gezollt wird, wenn sie nur womöglich auch noch unter irgend einer gesetzlichen Fesseln liegen, mit der denkbar härtesten Augenzwinker belegen. Festzuhalten wird es da nicht immer leicht sein, eine Grenze zu finden. Festzuhalten wären immerhin denkbar, aber es muß tragbar gemacht werden, hier einen Schritt zu machen, so gut wie die Gewerbebehandlung zwischen Einzelhandelsbetrieben und Dienstleistungen, bei denen ein höheres Interesse für Kunst und Wissenschaft abmalte, unterschiedet. So kenne die Straßengassen aus

über diesen Paragraphen, meine aber, daß über die Grenze bei Kompositionen leichter eine Einigung zu erzielen sein wird, als über Wert oder Unwert von ganzen Operetten, wo noch Fragen der Wiedergabe, des Schantentriebes, der Dichtung mit hineinspielen. Man möge sich immerhin als eine paritätische Berufsorganisation schaffen, kann aber vielleicht auch das Merkmal der Steuerpflichtigkeit begründlich so fassen, daß der betroffene Musikfabrikant dadurch nicht schlechter in seiner Erde getätigt wird. Im übrigen — warum lohnenswertig gegen den Schand? Man blüht den Aker der Kunst besser mit Mist als mit Heubodenst.

Kritik und Impression.

Von

Dr. Ernst Wachter.

(Nachdruck verboten.)

Der wahre Kritiker ist so selten wie der wahre Künstler. Zum Beweise des Kritikers gehört Bildung und Gehmaß, Feingefühl, Takt, Intellektkraft, Charakter: wie selten finden sich diese Eigenschaften vereint! Ja, noch mehr: klünes Ertragen des Neuen, der Widersacht, kurz: Genie. Gelehrte und gebildete Männer verlagen vor der Gewalt neuer unerhörter Erscheinungen: so Karl W. Tipp Wortz vor Schillers „Kabale und Liebe“, Wilhelm Heinrich Riehl vor Richard Wagners Opernmusik; selbst Zelling vor Goethes „Götter“ und „Werther“ und Goethe vor Kleists „Penhellen“.

In Deutschland haben wir das Vorbild wahrer Kritik in Persönlichkeiten wieelling, Wieland, der Kleists Genie im „Robert Guiscard“ bewundernd erkannte, wie Herder, der uns Vortellend und Wohlbedachtig, die uns Schatepores Genie mit ganz neuen Augen sehen lehrte, Tieck, Hebbel, Otto Ludwig. Diese sorgsame Fülle und umfängliche Kritik fand ihre letzten Ausläufer in Karl Frenzel, der die vornehmliche Werkstätte der französischen Aufführung wahrte; aber auch Theodor Fontane, der schon zum Impressionismus neigte, und Felix Wulff, dessen besten kann Teil. Mit dem Beginn der neunziger Jahre — der Zeit nach dem Aufkommen des Naturalismus — wurde diese Kritik zu Grade getragen.

Zu der Reichshauptstadt trat mit dem steigenden Lebensbedingungen der Großstadt, mit dem Verschleiß des Geselmdades eine allmähliche Auflösung und Verminderung der Kritik ein. Erst waren es einer oder wenige, die aus der schweren verantwortungsvollen Kunst der Kritik ein köstliches, köstliches Gewerbe machten: Billige Mühen. Das schliche Beispiel aber wirkte ansteckend; immer größere Kreise gewöhnten sich an die minderwertige Ware, und der Verschleiß des Publikum wurde durch eine aufsteigende oder gestiegene Kost verdrängt. Während die Musikkritik, die bestimmte Kenntnisse erfordert, sich auf einer gewissen Höhe hielt, diente namentlich die sogenannte Schauliedkritik vielfach nur einer handvoll Karren, sich wichtig zu fühlen durch ihre Unwissenheit und Unfähigkeit zu irren und auf Kosten einer Dichtung, eines Theaterstückes, der Darsteller ihre schlechten Späße zu machen.

Der Grundfehler, an dem diese Verhältnisse krankt, ist, daß die Rezensenten ihre Eindrücke — mehr oder weniger oberflächlich — wiedergeben. Sie schreiben in professionell; nach dem oft verkehrter Sprache, so daß Schweizer Zeitungen spotteten: „In Berlin habe man verlernt, deutsch zu schreiben.“ Damit aber läßt sich nichts anfangen. Nicht einmal mit einem Stimmungsprobe! Mit Eindrücken ist gar nichts gesagt. Es kommt auf genaue Wiedergabe des Gehörten und Gesehenen an, auf scharfe Auffassung, auf Verknüpfung des Erlebten, auf Urteilskraft, ferner auf Wissen und Bildung — vom Geselmdag gar nicht erst zu reden! Daran aber fehlt es heut zum Teil. Der Leser muß von dem Werte, um das es sich handelt, von seiner Wesenheit, von der Darstellend erst einen Begriff bekommen: Diese Kunst der Wiedergabe ist die Voraussetzung für die eigentliche Kritik. Das und Tadel müssen begründet werden; sonst ist das Urteil wertlos. Schließlich gibt es Kritiker, die wohl eine literarische Arbeit zu beurteilen verstehen, nicht aber die Darstellend: beides vereint aber macht erst den Kunstrichter aus.

Wollen wir aus den Klüderungen, aus dem Gumpfe, heraus, so müssen wir die unwürdigen Klüderungen abtun und zur Gediegenheit und Gediegenheit zurückkehren. Wir müssen den Hanswidelwitz und Samsulwitz den Dampf geben und uns, im Sinne der Wirt, im Sinne unserer Vorbilder, des größten Wertes befechtigen. Die Kritik ist in Wahrheit ein höchst heiliges Amt: eine wichtige Angelegenheit der Nation. Erst wenn wir sie wieder so auffassen und ausüben, mit bestem Willen, werden wir deutscher Kunst und Kunst dienen.

setzung mittel, eine gemeinsame Vertretung der drei internationalen Vollzugsorgane von London, Moskau und Wien endgültig für den 2. April nach Berlin einberufen. Die Vertretung wurde auf Wunsch der zweiten Internationale auf je zehn erhöht.

Die allgemeine Preistreiberi.

Im Hauptsaal des Reichstages begann am 15. März die Beratung des Etats des Reichswirtschaftsministeriums. Gegenüber dem Reichsrat, die von verschiedenen Seiten erhoben wurden, führte der Reichswirtschaftsminister Schmidt aus, daß Handelsverträge zum Teil bereits abgeschlossen seien, zum Teil aber in Verhandlung über, daß sich aber ihnen vielfach z. B. auch in Situationen erhebliche Schwierigkeiten entgegenstellen. Er sei grundsätzlich für den Abbau der Einfuhrzölle, dagegen sei eine Kontrolle der Ausfuhr notwendig. Die Regierung tue alles, um den Wohnungsbau zu fördern. Die Rohlenförderung solle durch Ausschließung neuer Kohlenfelder erhöht werden. Es sei durch den Eisenbahnverkehr die Rohlenlieferung stark beeinträchtigt worden. Die Außenhandelsstelle über die Kontrolle in landlich gerechtfertigter Art aus, namentlich auch hinsichtlich der Preise.

Gegenüber einem Einwurf des Sozialisten Hae, daß von einem allgemeinen Kohlennot nicht gesprochen werden könne, betonte der Minister, daß die Kohlenzeugung noch nicht befriedigend sei, es seien 1921 nur 136 Millionen Tonnen gefertigt. Dann kam die Notlage des Zeitungsgewerbes zur Sprache. Der Staatssekretär Hirsch erklärte, daß die Zelluloseindustrie gelapert ist, es fänden Beratungen mit der Zelluloseindustrie statt. Die Behauptung der Zeitungsvorleger, daß das Spinnstoffgeschäft in den hohen Preisen habe, sei unrichtig, die Spinnstoffwerke trügen die hohen Holzpreise. Der Demotist Bahndie stellte gegenüber Hae fest, daß Industrie und Eisenbahn unter der Kohlennot litten. Es müßten mehr Uebersichten im Bergbau zu verfahren werden, um neue Kohlenfelder erschließen zu können. Die Preisprüfungen seien traten leider dem ungeheuren Wucher nicht energig genug entgegen. Die Liquidation der Kriegsgeldschulden müßten mit äußerster Beschleunigung ausgeführt werden. Im Interesse der Presse müsse der Preistreiberi in der Papierindustrie entschieden entgegengetreten werden.

Deutsches Reich.

Die Notlage der Hotelbesitzer.

Wie bereits mitgeteilt, hielt der Verband der Hotelbesitzer des Deutschen Reichs in Wiesbaden seine 2. ordentliche Hauptversammlung ab. Die Leitung lag in Händen des Präsidenten Rottke (Kannover). Die staatlichen und städtischen Behörden, die Handelskammern und zahlreiche Verbände hatten ihre Vertreter entsandt.

Von besonderem Interesse waren die Ausführungen des Präsidenten Rottke über die Lage der deutschen Hotelbesitzer. Der Einfluß der neuen Steuern und Sonderbelastungen sei katastrophal und und - eine irreführende Propaganda. Als lokale Staatsbürger seien die Hotelbesitzer stets bereit gewesen, am Wiederaufbau Deutschlands nach Kräften und unter persönlichen Opfern mitzuwirken, aber sie verlangen eine gerechte Verteilung der Lasten, und sie wehren sich gegen die unbillige Belastung mit allen möglichen Sondersteuern. Eine solche Praxis müßte schließlich zum Ruin führen, zur Entvölkerung der Betriebe. Die Vermögensverluste, im Besonderen die Vermögensverluste, drohe auf den durchgeführten. Sie würde der Militär- und Korruption Löhne und Tör öffnen. Der Gegenwärtiger der Werte gehe dahin, den wirklichen Vermögensverlust (Schwammeln, ausländische Wätere, Einfuhrzölle auf Äußern, Kapital usw.) mit Steuern zu treffen. Mit aller Entschiedenheit müßte sich das Gewerbe gegen ungedeckte Versteuerung wenden.

Das besondere Merkmal des Jahres 1921 sei der ungeheure Druck, der infolge der unübersichtlichen Zwangsleistungen an die Entente auf dem deutschen Volke lastet. Das äußere Symptom sei die Preissteigerung aller Güter, die in ununterbrochener Kurve nach oben weise. Neubauten sind infolge der enorm gestiegenen Preise fast unmöglich.

Das Altersgrenzengesetz vom 15. 12. 20 gültig. Wie uns bekannt ist, hat das Reichsgericht am 14. dieses Monats entschieden, daß das Altersgrenzengesetz für gültig erklärt worden ist. Demnach sind alle Einprüche gegen die zwangsweise Verletzung von patentierte Erfindungen in den Ruhestand abzuweisen. Die Vorurteile der Verwaltungsgerichte und des Kammergerichts sind demnach aufgehoben worden.

Auslands-Rundschau.

Italienische reguläre Truppen für Rußland.

Rom, 20. März. Blättermeldungen zufolge hat die Regierung den Kommandanten des Triester Armeekorps beauftragt, Rußland mit einer bestimmten, aber genügenden Zahl von Truppen zu besetzen.

De Valsera, der mit dem zünftigen Irland und England geschlossenen Frieden bekanntlich nicht einverstanden war, hat eine neue Organisation gegründet, um den Kampf für eine unabhängige irische Republik fortzuführen. Die Verbindungen der irischen Irreführer, die bereits zu erneuten Bombenattentaten und Gründung von Bänden geführt haben, können auf Erfolg nicht rechnen, da die weitaus überwiegende Mehrheit der Iren mit der erlangenen Autonomie zufrieden ist und einleitet, daß Großbritannien nicht weitergehen kann, als es schon getan hat.

Bei einem verlustigen Attentat gegen den Kaiserpalast in Tokio wurde der Attentäter durch Explosion seiner Bombe getötet.

Von Nah und Fern

Luerfurt, 18. März. (Der Freitag) beschloß, zur Förderung des Wohnungs- und Erziehungswesens im Kreise Luerfurt eine Anleihe bis zu 8 Millionen Mark aufzunehmen. Bedingung für diese Anleihe ist vorhanden, da zur Verzinsung und Tilgung die geistliche Wohnungsbauabgabe verwendet wird. Die Tilgung soll so einlegen, daß sie innerhalb 20 Jahren erfolgt.

Beltsch, 18. März. Die Stadtverordneten-Neuwahlen sind auf den 26. März angesetzt worden. Die kürzesten Parteien haben sich auf eine gemeinsame Liste geeinigt, ebenso haben die Mehrheitsparteien und die Unabhängigen eine gemeinsame Liste aufgestellt; dagegen stehen die Kommunisten allein in der Wahlkampf.

Torau, 18. März. Die Stadtverordneten beschloßen den Erwerb des ehemaligen Militärkasinos und der jenen. Untertage, die früher als Kaserne, dann als Kirche diente und schon lange unbenutzt stand. Es wird geplant, in dem bisherigen Kasinoplatz das Gymnasium unterzubringen und seinen linken Flügel zu Wohnräumen auszubauen, während die Mittags- und besten Zeiten einmal in ein Hofhaus oder eine Stadthalle umgebaut werden soll. Die Gebäude wurden vom preußischen Fiskus für den Kaufpreis von 522 000 Mark erworben. Ein 60 Hektar großes Industriegebiet im jenen. Wälder ist an die Firma Ferdin und Hirsch in Leipzig veräußert worden, die dort eine Papierfabrik anlegen wird.

Stahlfur, 29. März. (Sühne für einen Brandstifter) Wie am 1. Februar gemeldet wurde, ist am 21. Januar eine Festschneide des Rüstergutsbestehers von Krotzig bei hohen-Geleben durch zwei Arbeiter eingeleitet worden. Sie entzündet gedrohenen Kroggen und Hefer im Werte von 600 000 M., die sämtlich den Flammen zum Opfer fielen. Jetzt hatten sich die beiden Täter vor der Strafammer in Bernburg wegen Brandstiftung zu verantworten. Der eigentliche Schuldige, ein Gelegenheitsarbeiter aus Halle wurde unter Anrechnung von zwei Monaten der Unterdrückung wegen vorläufiger Brandstiftung zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Der zweite Angeklagte wurde freigesprochen.

Leipzig, 20. März. (Mordanschlag.) Am Sonnabend abend nach 8 Uhr ist in dem Hause Wahrenstr. 9 in Leipzig-Gohlis bei dem Kaufmann Lüdmann ein Mordanschlag verübt worden. Der Täter hatte durch die Hintertür das bereits gelassene Geschäft betreten, um angeblich Wurst zu kaufen. Als Lüdmann ihm die Ware überreichte, gab der Eindringling zwei Schüsse aus einem Browningrevolver auf ihn ab, ohne aber zu treffen. Der Täter zog darauf ein dolchförmiges Messer und brachte den zurückweichenden und zu Hilfe rufenden Lüdmann vier Messerschläge bei. Auf die wiederholten Hilferufe des Ueberfallenen lief der Täter, ohne Beute zu machen.

Am Sonntag abend gegen 9 Uhr gelang es den Täter in dem Ruchthofweg aus Petersdorf festzunehmen. Bei seiner Vernehmung gab er zu, die Missetat begangen zu haben, Lüdmann nach erfolgloser Tötung zu berauben. Die Verlegungen Lüdmanns sind glücklicherweise nicht gefährlich.

Eisenberg, 20. März. (Sommerstarkum gest.) Die 20 Jahre alte Kontoreur Otto Biederich aus Hermstadt erlitt beim Arbeiten an einer elektrischen Stromleitung einen elektrischen Schlag, der seinen sofortigen Tod herbeiführte.

Hildburghausen, 18. März. (Gegen die Kartoffelnot.) Der Kreisvorsitz hat zur Bekämpfung von Kartoffelnot 600 000 Mark bereitgestellt. Die schlechtesten Kartoffelentente sind u. a. darauf zurückzuführen, daß zum Teil das Kartoffeljahr abgeerntet ist. Die Einfuhr fremder, guter Kartoffeln ist dringend erforderlich. Viele Kartoffelanbauer sind bei dem hohen Kartoffelpreis nicht in der Lage, Saatgut zu beschaffen. Aus dem Grund steht die Kredithilfe des Kreises ein. Sie brauchen die vom Kreis bezogenen Kartoffeln nicht zu bezahlen, übernehmen dagegen die Verpfändung. Am Herbst ist ihnen im Beschlag der eigenen Getreide, um Getreide verpfändet Saatgut aus der eigenen Getreide zur Verfügung zu stellen. Die Anlegung ist vom Landwirtschaftlichen Kreisverein ausgegangen und hat in den Kreisen vieler Kartoffelzueherer lebhaften Anklang gefunden. Das Kartoffeljahr, das zur Bekämpfung des Kartoffelpreises in den Kreis kommt, wird durch Mittel aus dem Land Thüringen und dem Gebiet Mäningen verüßigt, wenn der Kreis sich gleichfalls daran beteiligt. Insgesamt sollen zur Verbilligung der Saatkartoffeln zur Bekämpfung des Kartoffelpreises in Thüringen aufzubringen werden 1 400 000 Mark, davon hat der Kreis Hildburghausen 120 000 Mark zu tragen.

Wülfhausen, 18. März. (Ein lustiges Stücklein vom Geistesbesitz) wird berichtet. Wurde da im Archiv bereits vor zwei Jahren die betrieblende Entscheidung gemacht, daß die äußerst wertvollen Hegemalstarken vom Jahre 1729 seien. Auf ihnen waren die früheren Straßen des Wülfhäuser Gebietes und die alten Firmennamen verzeichnet. Also ein Verlust, der jeden Geschichtsfreund betrübt sein mußte. Niemand empfand das mehr als ein Heimatforscher, der diese Karten brauchte und doch nicht gebrauchen konnte. Alles Suchen war vergebens. Es konnte nur festgestellt werden, daß die Karten zuletzt ein in der Heimatgeschichte forscher Herr benutzt hatte, der mittlerweile gestorben war. Aber in seinem Nachlaß wurde nichts gefunden. Was lag da nun näher, als den Geist des Toten zu befragen und ihn selbst zu befragen? Heute ein häufig angewandtes Verfahren. Also der Geist wurde zitiert, er schien, wurde befragt nach dem Verbleib der Karten und nannte eine Straße mit Hausnummer, wo sie aufbewahrt sein sollten. Die Straße gab es, doch nicht die Nummer. Also nochmals zitiert. Jetzt winkte der Geist ungeduldig ab; er wünschte, in seiner Ruhe nicht gestört zu werden. Dennoch führte auf feiner Weg nicht zum Ziel, weitergehete nur der Kammer. Der erfolgreiche Versuch wurde wieder bekannt und kam auch zu den Ohren eines Freundes des Verstorbenen. Der wunderte sich, daß man so umständlich

befragt war, und daß man nicht zuvor die Begebenheiten befragt hatte. Er empfahl den Geistesbesitzer, doch erst einmal mit den Wirtskräften dieser Welt zu rechnen. Denn - er hatte die Karten schon lange in Verwahrung. Eine kurze entsprechende Mitteilung genügte. Die Karten kamen tatsächlich wieder zum Vorschein. Die Freude war bei allen Beteiligten riesengroß. Nun behauptete einer, es sei nicht am Spiritismus.

Aus aller Welt

Neuer Modus an einem Polizeibeamten.

Während die Gestattung Kriminalpolizei noch mit der Ausführung der Vernehmung des Oberlandgerichtspräsidenten beschäftigt ist, hat die Festsetzung für die Ermittlung der Täter in Anwesenheit auf 50 000 Mark erhöht worden - , damit die Nachricht von einem gleichartigen Mord. Das Opfer der Mordtaten ist der Oberlandgerichtspräsident Senkel aus Schläme. Dieser hatte auf der Straße von Mühlentor nach Schloß im Zuge zwei Einbrecher gefangen und die im Keller befindlichen Wästen an sich genommen. In Schläme hatten beide, austreten zu dürfen, was ihnen gestattet wurde. Im Begriff, das Weib zu verlassen, brach die eine Einbrecher plötzlich um und tötete die Senkel vier Schüsse ab, wodurch er getötet wurde. Daraus ergab sich die beiden Häftlinge die Frau. Bei Senkel fand man ein Selbst- und einen Wirtskräften, die er einem der Einbrecher abgenommen hatte und die auf den Namen Walter Horn, geboren 14. März 1900 in Leipzig-Schleierdorf, lauteten. Dem eine Wirtskräften für die Wirtskräften Kaufmann-Geheim. Auf die Ergreifung der beiden Täter ist eine Belohnung von 5000 Mark ausgesetzt worden.

Eine mehr als merkwürdige Geschichte wird in Düren (Westfalen) viel besprochen. Seit einigen Tagen sind der 19-jährige Wirtskräften Heinrich Köster und drei weitere junge Leute spurlos verschwunden. Man hat jetzt nur dem Weib der Wirtskräften Hauszahl in Burt eine Häftlinge aufgefunden, die einen Zettel mit folgender Aufschrift hinterlassen: „Bei Hammerde mitgeteilt wird, ihre medizinischen Studien an der Universität Emden durch und dort für Examen gemacht hat.“

Die erste Wirtskräften in China. Das Reich der Mitte hat nunmehr den ersten weiblichen Arzt erhalten, der eine moderne medizinische Ausbildung leitet. Es ist die Frau Dr. Doan die, wie in der Zeitung „Medizinisches Wochenblatt“ mitgeteilt wird, ihre medizinischen Studien an der Universität Emden durch und dort für Examen gemacht hat.

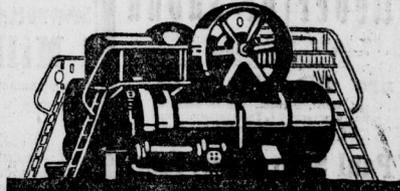
Ein „Ermerlosener“ Stadtrat. Der ungelobte Stadtrat Christ, der Deserter des Ermerlosenerfeldens vom Weitz Berlin-Wilm., bezieht, wie sich herausstellte, seit drei Jahren Ermerlosenerfeldens. Seitens der beauftragten Stadtratsverordnetenfraktion wird nun an den Magistrat die Anfrage gerichtet, welche Schritte die Stadtgemeinde unternommen habe, um dem arbeitslosen Stadtrat Arbeit zu verschaffen.

Diebstahl. Das Geschloß Friedrichhof bei Kronberg, das von der verstorbenen Kaiserin Friedrich bis zu deren Tode bewohnt wurde, wurde von Einbrechern heimlich. Die Silberfächer von mehreren 100 Millionen Mark fielen den Räubern in die Hände. Einer der Täter ist bereits verhaftet worden.

Das Pferd im Scholadenleben. Ein durchgehendes Pferd verurteilte in der Leipziger Straße in Berlin unter den zahlreichen Passanten eine große Panik. Das talende Tier jagte bis zum Spittelmarkt und lief hier in die große Schaulenstrecke des Konstitutionslebens der Firma Hartwig & Vogel. Das Pferd erlitt so schwere Verletzungen, daß es transportiert werden mußte.

Präsidentenverortrag durch Postkarte. Im Postamt zu Bielefeld ist eine ganze Reihe von Beamten, die in der Mitteilung für Parteibekämpfung tätig sind, an Grippephosphor erkrankt. Wie vom örtlicher Seite festgestellt worden ist, erfolgt die Anlieferung durch in den Paketen mitschleppte Postkarten. Um derartige Infektionsfälle in Zukunft zu vermeiden, werden bei der Post sämtliche Pakete desinfiziert werden.

Eigentum, Verlag und Druck: Sauer-Verlagsgesellschaft m. b. H., Halle a. S., Scheiblerstr. Eugen Brinkmann, Verantwortlich: für Inhalt und Vollständigkeit: Eugen Brinkmann; für das Frontispiz: Martin Feuchtmann; für den Inhalt und allgemeinen Teil: Dr. Karl Voer; für Sport: Curt Graf; für den Schlußteil: Hugo Rinkho. Für den Anzeigenenteil verantwortlich: Kurt Rinke, sämtlich in Halle.



LANZ
HEISSDAMPF-
LOKOMOBILEN
für alle Industriezweige

Höchste Wirtschaftlichkeit und Betriebssicherheit/Einfachste Bedienung/Leistungsreich von 15 PS bis über 1200 PS
Einrichtungen für Ausland und
Zwischendampferwertung
Gesamt-Absatz nahezu 200000 PS

HEINRICH LANZ MANNHEIM



Halleser trinkt Freyberg-Bräu!
Euer

